

Presse-Information

KIT Karlsruhe: Landesgesetz und Zivilklausel „Wessen Freiheit wofür?“ Ministerin Bauer (GRÜNE) lädt zur Mitarbeiterversammlung ins Audimax

Ministerin Theresia Bauer hat die Beschäftigten und Studierenden des Karlsruher Instituts für Technologie KIT zu einem Gespräch über die Weiterentwicklung des KIT-Gesetzes ins Audimax der Universität Karlsruhe eingeladen. Ein knappes Prozent (ca. 200 der 8.000 Beschäftigten und 50 der 20.000 Studierenden) folgte der Einladung. KIT soll unter dem Motto von Autonomie und Exzellenz in ein Privatunternehmen mit öffentlicher Finanzierung umgewandelt werden. Mit wirtschaftsdominiertem Aufsichtsrat, weitgehend mitbestimmungsfreier Organisationsstruktur und massenhaft befristeten Beschäftigungsverhältnissen. Eine für freie Forschung und Lehre völlig unverträgliche Kombination von erstickender Bürokratie nach Innen und verringerter staatlicher Verantwortung nach Außen.

In einem zu Beginn der Versammlung verteilten Flugblatt stellte die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten unter dem Titel „Wessen Freiheit wofür?“ eine Reihe von Fragen an die Ministerin und an die KIT-Leitung zu der oben geschilderten Entwicklung, insbesondere zur Zivilklausel. Wie bereits in einer Presse-Erklärung der Initiative Ende September kritisiert, setzt die Ministerin immer mehr die verfehlte Schul- und Hochschulpolitik ihrer abgewählten konservativen Vorgänger fort und bricht damit Wahlversprechen. Obwohl Frau Bauer namens der Landtagsfraktionen Bündnis 90/Grüne und SPD im Juni 2009 für das KIT-Errichtungsgesetz entsprechend dem Urabstimmungsvotum der Studierenden die Aufnahme der Zivilklausel „Das KIT verfolgt im Rahmen seiner Aufgaben ausschließlich friedliche Zwecke“ beantragt hatte, will sie jetzt in Regierungsverantwortung nichts mehr davon wissen. Obwohl es entsprechende Wahlaussagen beider Regierungsfractionen gibt und sie die Zivilklausel-Forderung kurz vor der Landtagswahl persönlich unterschrieben hatte, ebenso Winfried Kretschmann und Nils Schmid.

Wie zu hören war, gab die Ministerin auf kritische Nachfragen in der Versammlung den „Guttenberg“. Sie könne heute gar nicht mehr verstehen, wie sie damals einen solchen Antrag unterstützen konnte. Ähnlich wie Ministerpräsident Kretschmann beim Bürgerdialog im Karlsruher Rathaus begründete sie ihre geänderte Position mit der Wissenschaftsfreiheit des Grundgesetzes. Die Hochschulen sollen für die Bundeswehr forschen.

Die Ablehnung der Zivilklausel aus Verfassungsgründen ist bereits im Februar 2009 durch ein Gutachten von Erhard Denninger widerlegt worden. Die Studierendenvertretung UStA, die zuständigen Gewerkschaften ver.di und GEW und besorgte ParteifreundInnen bleiben bei der berechtigten Forderung nach der Zivilklausel, die für den Großforschungsteil weiter gültig ist, und offensichtlich mit dem Grundgesetz übereinstimmt.

Anlage: Flugblatt Initiative gegen Militärforschung an Universitäten 20.12.2011

<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20111220.pdf>